

senarmen Land dafür mit Öl bezahlt wurde, sollte die Handelsgesellschaft Intertrading das Öl übernehmen und weltweit nach Abnehmern suchen. Doch bei diesen Geschäften blieb es nicht. Die Intertrading stieg selbst in den Ölhandel ein.

„Raus auf die Märkte, rein ins Risiko“, trieb der rastlose Preschern seine Leute an. In seinen Stützpunkten von London bis Lagos, von Houston bis Hongkong ließ er riesige Ölmengen kaufen und verkaufen – eine reine Spekulation auf steigende oder fallende Preise.

Kreditwürdig, weil er „mit dem Regierungshütl“ (Preschern) auftreten konnte, pumpte der Intertrading-Chef den Umsatz ordentlich auf. Noch 1982 machte er sieben Milliarden Schilling Umsatz – im vergangenen Jahr waren es 124 Milliarden Schilling. Damit hat die kleine Voest-Tochter (200 Beschäftigte) die Mutter um mehr als 30 Milliarden Schilling übertroffen.

Für die „verantwortungslosen Spekulationsgeschäfte“, so beruhigte Bundeskanzler Fred Sinowatz am Freitag die aufgebrachte Bevölkerung, müßten die Steuerzahler nicht einstehen. Zeitungen hatten ausgerechnet, daß jeder österreichische Arbeitnehmer im Schnitt mit mehr als 2000 Schilling für das Voest-Debakel aufkommen müsse.

Die Staatsfirmen, so Sinowatz, würden jetzt straffer und übersichtlicher geführt. Die Manager sollten „leistungs- und erfolgsorientiert“ bezahlt werden, und künftig werde sich keiner mehr „darauf verlassen können, daß sein Arbeitsplatz auch bei Mißerfolg garantiert ist“.

Nach dem spurlos verschwundenen Preschern fahndet die Staatsanwaltschaft, die abgehalfterten Voest-Manager – streng nach Proporz vier von der ÖVP, vier von der SPÖ – sind ihre Dienstwagen und Gärtner los, nicht aber ihre Gehälter und Pensionen. Ein neuer Mann versucht, den angeschlagenen Konzern zu sanieren: Richard Kirchweger, bislang Chef der staatseigenen Chemie Linz AG.

Kirchweger weiß noch nicht, ob es bei den 5,7 Milliarden Verlust bleibt; es könnten auch acht Milliarden werden. Um davon herunterzukommen, wird er sich schon bald mit dem mächtigen Voest-Betriebsratsvorsitzenden, Franz Ruhaltinger, anlegen müssen. Das Lohnniveau bei Voest, meint er, sei „verhältnismäßig hoch“.

Wie er die Personalkosten drücken will, mag Kirchweger noch nicht verraten. „Der Konzern“, sagt er, „muß schlanker werden.“ Mehr noch als in anderen Ländern gilt für Österreichs Staatsmanager der Grundsatz, daß alles ausgehandelt sein muß, bevor die Parteien aufschreien.

Das hatte auch Kirchwegers Vorgänger so gehalten. Apfalter: „Redst was in Österreich, geht nix; redst nix, geht alles.“

KANADA

Luft aus dem Reifen

Ende einer Ära: Quebecs Separatistenpartei, die nahezu ein Jahrzehnt Kanadas nationale Einheit bedrohte, erlitt eine katastrophale Wahlniederlage.

Pierre Marc Johnson, 39, Premier der franko-kanadischen Provinz Quebec, ermunterte zu Beginn des von ihm selbst anberaumten Wahlkampfes seine Parteifreunde mit der Aufforderung, sich einzusetzen wie der Vietcong, der einst in kleinen Zellen gegen die US-Armee angekämpft habe.

Die Parteilager rückten vergangenen Montag im Norden der Provinz sogar mit Schneemobilen aus, um trotz

Ende. Ein Vierteljahrhundert lang hatte der Quebecer Nationalismus die gesamte Politik des Landes beeinflußt. Charles de Gaulles Schlachtruf „Vive le Québec libre“ machte 1967 den nationalen Selbstbehauptungswillen der Provinz in der ganzen Welt bekannt.

Die Möglichkeit einer eigenständigen, eigenwilligen, vielleicht gar Nato-feindlichen Republik im nördlichen Amerika schreckte Anglo-Kanadier und US-Bürger gleichermaßen. 1970 mußte der damalige Premierminister Pierre Trudeau den Ausnahmezustand über seine Heimatprovinz verhängen, weil die radikale Quebecer Befreiungsfront – gänzlich unkanadisch – Bomben legte, Menschen entführte und den Quebecer Arbeitsminister Pierre Laporte ermordete.

Gleichzeitig begannen aber auch Versuche, dem Separatismus gewaltlos zum



Wahlsieger Bourassa: „Wundersame Wiedergeburt“

eines heftigen Wintersturms ein paar zusätzliche Anhänger an die Wahlurnen zu befördern.

Stunden später signalisierten die Hochrechnungscomputer, daß solcher Kampfgeist vergeblich geblieben war: Quebecs 4,5 Millionen wahlberechtigte Bürger stimmten mit überwältigender Mehrheit für einen Regierungswechsel.

Johnsons Partei, der „Parti québécois“, der sich in Artikel 1 seines Programms „zum fundamentalen Ziel der Quebecer Souveränität“ bekennt und neun Jahre lang die Regierungsmacht innehatte, verlor 38 Sitze und bildet künftig mit 23 Abgeordneten die Opposition. Die 99 übrigen Mandate gewann die Liberale Partei – nicht ohne einen Schönheitsfehler: Ihr Chef, Quebecs designierter Premier Robert Bourassa, 52, verlor im eigenen Wahlkreis gegen den Kandidaten des Parti québécois.

Mit dem Erdstuch ging eine Ära für Kanadas flächenmäßig größte Provinz zu

Sieg zu verhelfen. Acht Jahre nach der Gründung der Separatisten-Partei übernahm ihr Führer, der Ex-Liberale René Lévesque, 1976 die Macht in der französischsprachigen Provinz.

Von Unabhängigkeit träumten seine Parteifreunde, unabhängig vom verhaßten Anglo-Kanada wollten sie sein, frei von amerikanischer Vorherrschaft. Nach der Wahlkatastrophe heißt es nun Abschied nehmen vom Traum von der eigenen Republik.

Die Souveränität der Provinz ist kein Thema mehr. „Statt der flaggenschwingenden Konfrontation von Föderalisten und Souveränitäts-Anhängern vergangener Wahlkämpfe“, bemerkte Kanadas Nachrichtenmagazin „MacLean's“, beherrschten „Brot-und-Butter-Themen“ die Wahl.

Bereits 1980, im vierten Amtsjahr des Premiers Lévesque, zeichnete sich der Niedergang seiner Partei ab. Durch ein Referendum wollte er sich ein Mandat

geben lassen, mit der Bundesregierung über politische Souveränität bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Assoziation mit Rest-Kanada zu verhandeln. Doch 59,6 Prozent der Wähler lehnten ab.

„Es war, als ob man die Luft aus einem Reifen gelassen hätte“, beschrieb Föderalist Bourassa die damalige Atmosphäre. Doch Lévesque schaffte noch einmal ein Wunder: Im Jahr darauf wählten ihn die unberechenbaren Quebecer erneut zum Premier.

Es war sein letzter Triumph. Rezession, Ärger mit den Gewerkschaften, steigende Arbeitslosigkeit ließen die Fortüne der Regierung sinken. Im vorigen Jahr folgte schließlich die ideologische Spaltung. Gedrängt von Justizminister Johnson, schwächte die Parteiführung ihr Bekenntnis zum Separatismus von einer aktuellen Forderung zu einem Wunsch für die ferne Zukunft ab. Ein Viertel des Kabinetts und Hunderttausende überzeugter Nationalisten traten daraufhin aus der Partei aus. Die Mitgliederzahl schrumpfte von 300 000 auf 87 000.

Im Juni gab Lévesque auf, die Partei suchte Rettung bei Pierre Marc Johnson, Sohn eines früheren Premiers, der sofort Neuwahlen ausrief. Der neue Separatistenchef erwähnte Separatismus nur, wenn es unbedingt nötig war. Ideologisch trennten den Pragmatiker nach eigenem Bekenntnis „nur Nuancen“ von Gegner Bourassa.

Doch der Wunsch des Wahlvolks nach einem Wechsel erwies sich als stärker. Man nahm dafür sogar jenen Robert Bourassa in Kauf, der bereits von 1970 bis 1976 die Regierungsgeschäfte der Provinz geführt hatte. Die Antipathie der Wähler gegen den gelehrten Wirtschaftler und Steueranwalt legte aller-

dings auch die Grundlage für den ersten Wahltriumph der Separatisten. Bourassa, beschimpft von den eigenen Hinterbänklern als „meistgehafter Mann in Quebec“, entfloh vorübergehend zu Studien und Lehrvorträgen nach Europa.

1983 zahlte sich seine unermüdliche Arbeit an der Parteibasis aus: Bourassa wurde erneut Chef der Liberalen. Sein Wahlsieg, so notierten Kanadas Gazetten, sei nichts anderes als eine „wunder-same Wiedergeburt“.

Vorerst wird der neue Premier die Regierungsgeschäfte von der Besuchertribüne der Nationalversammlung aus führen müssen – so lange, bis einer der 99 siegreichen liberalen Abgeordneten seinen Platz für den Premier opfert, der sich dann in einem sicheren Wahlkreis nachwählen lassen kann.

PHILIPPINEN

Zweiter Tod

Alle Angeklagten im Mordprozess Aquino wurden freigesprochen. Die Witwe des ermordeten Oppositionspolitikers will nun für die Präsidentschaft kandidieren.

Die Demonstration war ein Trauerzug. Hunderte von Menschen zogen durch die Innenstadt Manilas, führten in ihrer Mitte einen schwarzen Holzarg mit sich. Aus den umliegenden Bürohäusern ging ein makabrer Konfetti-Regen auf die Demonstranten nieder: schwarze Schnipsel von Kohlepapier.

Am Dienstag vergangener Woche begingen die Filipinos einen „Trauertag wegen des Todes der Justiz“. Tags zuvor hatte das „Sandiganbayan“, ein Sonder-

280 Matchbälle überdacht.



Oft muß wegen Regen das Spiel auf Tennis-Freiplätzen abgebrochen werden. Spielen Sie Ihr Match doch einfach in unserer Tennis-halle. Und die Masche: Das ganze Jahr auf Asche. Matchball für Matchball.

Wir bauen aber auch noch andere Hallen, z.B. für Ausstellungen, Parties oder große Feste, für den Sport (Tennis, Reiten, Turnen usw.) Produktions-, Lager- und Verkaufshallen und und und. Höcker-Hallen gibt es aus Aluminium oder Stahl, mit textiler oder fester Eindeckung. Unsere Hallen sind in kürzester Zeit aufgebaut. Und wenn sie an anderen Stellen gebraucht werden, sind sie schnell ab- und wieder aufgebaut, ohne Substanzverlust. Höcker-Hallen können Sie kaufen, mieten oder leasen. Schreiben Sie uns. Wir schicken Ihnen Beispiele, denn auch Ihr Problem haben wir schon überdacht.



höcker
Hallenbau

Karl Höcker GmbH & Co. KG
Daimlerstraße 12, 4902 Bad Salzufflen 1
Telefon (052 22) 7180, Telex 9312 218

KKB-Privatdarlehen ab DM 50.000,- 10,6% eff. Jahreszins*

*Beispiel:	
Kreditbetrag	DM 60.000,-
monatl. Rate	DM 913,50
Laufzeit	96 Monate

Stand: 1.10.1985

Telefon-Information: 0130/4911 (zum Ortstarif)

KKB Bank
Die Bank für den privaten Kunden.



Präsidentenpaar Marcos, Enkel: Das Inselreich ausgebeutet